

Nicht nur Ukraine-Flüchtlinge haben ein Recht auf Schutz

Zur Situation von Flüchtlingen aus Kriegsgebieten:

„Jeder sei willkommen“, so unlängst Oberbürgermeister Uwe Santjer und er meinte damit Flüchtlinge aus der Ukraine. Wir verstehen, dass das Schicksal der Flüchtlinge aus der Ukraine uns besonders anrührt und ihnen gebührt unsere uneingeschränkte Solidarität. Gleichzeitig erlebt unsere Welt viele andere Kriegsschauplätze und damit verbunden Menschen auf der Flucht, die ähnliches Leid erfahren haben und immer noch erfahren.

Auch ihnen gehört unser Mitgefühl und unsere Solidarität und Hilfe und wir sind angehalten, sie nicht zu vergessen. Es wäre verhängnisvoll auch für unsere Gesellschaft, Flüchtlinge in gute und weniger gute einzuteilen. Sie zu spalten, schwächt unser gemeinsames Handeln.

Es ist ein Mut machendes Signal, dass Ukrainer mit offenen Armen und grenzenloser Solidarität in den europäischen Nachbarstaaten empfangen werden. Aber es gibt auch eine erschütternde Seite. Schwarzen oder nicht-weißen Schutzsuchenden (Roma) wird die Ausreise aus dem Kriegsgebiet massiv erschwert. Zahlreiche Bilder, Videos und Erfahrungsberichte aus der Ukraine verdeutlichen, wie diesen Menschen der Zugang zu Zügen nach Polen verwehrt wurde und wird.

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) ist alarmiert: Männer, Frauen und Kinder aus Dutzenden von Ländern,

darunter Migranten und Studierende, die in der Ukraine leben, so die UN-Organisation, stehen vor Herausforderungen, wenn sie versuchen, die vom Konflikt betroffenen Gebiete zu verlassen, die Grenzen zu den Nachbarländern zu überqueren und Hilfe zu suchen. IOM mahnt: „Nachbarstaaten müssen sicherstellen, dass alle Menschen, die aus der Ukraine fliehen, im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht ungehinderten Zugang zum Hoheitsgebiet erhalten.“

Während ukrainische Schutzsuchende mit der Deutschen Bahn kostenfrei und unbürokratisch von Polen nach Deutschland gebracht werden, was wichtig und richtig ist, sitzen immer noch über 1000 Geflüchtete aus Afghanistan, Irak, Syrien, Jemen, Somalia und Iran in polnischen Abschiebungsgefängnissen fest, wird Schutzsuchenden in den belarussisch-polnischen Grenzgebieten der Zutritt nach Polen gewaltsam verwehrt. Dort werden Mauern errichtet, um Menschen abzuschrecken. Diese Schutzsuchenden fliehen auch vor Krieg – sie haben ebenso ein Recht auf Schutz.

„Alle Menschen, die derzeit vor den russischen Angriffen in der Ukraine flüchten, brauchen schnell und unkomplizierten Schutz und Sicherheit, egal welchen Pass sie besitzen.“ (Pro Asyl / Flüchtlingsrat Niedersachsen)

**Virginia Stüben,
Arbeitskreis Asyl Cuxhaven**